



Jutta Weduwen

ASF in Israel und die Boykott-Bewegung

Als Aktion Sühnezeichen im April 1958 auf der Synode der EKD gegründet wurde, nannte der Gründungsvater Lothar Kreyssig Israel als eines der Länder, in dem die Arbeit beginnen sollte. Unmittelbar nach dem Eichmann-Prozess reiste im Herbst 1961 die erste Gruppe von zehn Freiwilligen nach Israel aus, vier Jahre vor Aufnahme der diplomatischen Beziehungen zwischen Deutschland und Israel. Während die Freiwilligen in den ersten Jahren in Kibbuzim und in Bauprojekten eingesetzt wurden, arbeiten sie heute schwerpunktmäßig mit Schoa-Überlebenden, in Gedenkstätten, mit Menschen mit Behinderungen, in Forschungsprojekten gegen Antisemitismus und in jüdisch-arabischen Ko-Existenz-Projekten.

Die Arbeit von Aktion Sühnezeichen Friedensdienste (ASF) in Israel begleitet und gestaltet den christlich-jüdischen bzw. deutsch-israelischen Dialog vor dem Hintergrund sich wandelnder politischer und gesellschaftlicher Rahmenbedingungen. Unsere Freiwilligen haben in Israel an vielen Stellen Kriege und militärische Auseinandersetzungen erlebt. Mit dem Sechs-Tage-Krieg 1967 bröckelte die gesellschaftliche Solidarität mit Israel, die es zumindest vordergründig in Deutschland bis dahin gab. Gleiches geschah in nachfolgenden Kriegen, vor allem Anfang der 1980er Jahre beim Libanon-Krieg, während der ersten und zweiten Intifada und auch während der militärischen Auseinandersetzung mit der Hisbollah im Libanon und der Hamas im Gaza-Streifen. Die Positionierung in einem an vielen Stellen unauflöslich scheinenden Konflikt ist herausfordernd, aber dies lässt die Freiwilligen auch in ihrer politischen Haltung wachsen. In Israel lernen sie, dem Bedürfnis zu widerstehen, politische Auseinandersetzungen unterkomplex zu beurteilen oder sich auf einfache Täter-Opfer-Schemata zurückzuziehen. Wir erleben bei unseren Freiwilligen nach einem Jahr Aufenthalt ein hohes Maß an Reflexivität, mit dem sie verschiedene Positionen abwägen und sich einseitigen Erklärungen widersetzen können. Außerdem entwickeln sie eine hohe Sensibilität dafür, Antisemitismus und die Grenze zwischen Kritik an der israelischen Politik und Judenfeindschaft erkennen zu können. Das pädagogische Begleitpro-

gramm, das Aktion Sühnezeichen Friedensdienste ein großes Anliegen ist, hilft, die Situation in Israel und im Nahen Osten in seiner Komplexität zu verstehen.

Boykott-Bewegungen

ASF fühlt sich besonders jenen Kräften in Israel und in Palästina verbunden, die sich für eine Ko-Existenz und für eine friedliche und gerechte Lösung des Konfliktes einsetzen. Unsere Arbeit zielt nicht primär darauf ab, die Menschen vor Ort in ihrem Handeln zu beeinflussen oder ihnen (als besserwissende Deutsche) Ratschläge zu geben. Unser politisches Augenmerk ist in besonderer Weise auch auf die Debatte in Deutschland gerichtet. Hier fühlen wir uns zuständig, die Debatten aktiv mitzugestalten. Ein Beispiel dafür ist unsere Haltung gegenüber Boykottbewegungen.

Auch in kirchlichen Kreisen findet die Boykott-Bewegung „Boykott, Desinvestment und Sanktionen“ (BDS) Zulauf und Unterstützung. Die Bewegung fordert, dass Israel „die Besetzung und Kolonisation allen arabischen Landes beendet und die Mauer abreißt; das Grundrecht der arabisch-palästinensischen Bürger/innen Israels auf völlige Gleichheit anerkennt; und die Rechte der palästinensischen Flüchtlinge, in ihre Heimat und zu ihrem Eigentum zurückzukehren, wie es in der UN-Resolution 194 vereinbart wurde, respektiert, schützt und fördert.“

Die BDS-Bewegung steht im Kontext anderer Boykott-Aktivitäten, die sich gegen Israel richten. So werden etwa immer wieder Wissenschaftler/innen und Künstler/innen politisch massiv unter Druck gesetzt, wenn sie in Israel oder mit Israelis forschen oder auftreten.

Die BDS-Bewegung verfolgt eine einseitige und unterkomplexe Erklärung des israelisch-palästinensischen Konfliktes und es finden sich darin immer wieder Anknüpfungspunkte an israelfeindliche und antisemitische Haltungen und Aktivitäten. Viele Boykottaufrufe unterscheiden nicht, aus welchem Gebiet die Waren kommen, ob aus den Siedlungen, aus den besetzten Gebieten oder aus Israel innerhalb der Grünen Linie. Sie unterscheiden nicht, welche politische Haltung ein/e Wissenschaftler/in oder Künstler/in hat und sie analysieren nicht die komplexen Zusammenhänge des Nahost-Konfliktes. Israel in seiner Gesamtheit und alle jüdischen Israelis werden verallgemeinert und sollen boykottiert bzw. sanktioniert werden, etwa wenn Musikfestivals in Europa boykottiert werden sollen, weil es unter den Musiker/innen Israelis gibt. Die BDS-Aktivist/innen simplifizieren und beurteilen die Menschen nicht nach ihren Taten, sondern nach Staatsangehörigkeit (israelisch) und Religion (jüdisch).

Die Bewegung vernachlässigt, dass der Nahost-Konflikt nicht nur durch die Besetzung, den fortschreitenden Siedlungsbau und die Situation der palästinensischen Flüchtlinge befördert wird, sondern dass Israel immer wieder von anderen Staaten bedroht und von Terrorgruppen angegriffen wird. Das Scheitern der Friedensgespräche ist komplex und nicht einseitig einer Seite zuzuschreiben.

Wann ist Kritik an Israel antisemitisch?

Der israelische Politiker und Autor Natan Sharansky hat 2004 eine Faustformel, den so genannten 3D-Test vorgeschlagen, wann Israelkritik antisemitisch ist. Sie ist es immer dann,

- wenn Israel **dämonisiert** wird (Beispiel: „Der Teufel im Nahen Osten.“),
- wenn Israel **delegitimiert** wird (Beispiel: „Dieses zionistische Gebilde dürfte es gar nicht geben.“) oder
- wenn an Israel ein anderer, **doppelter Standard** angelegt wird als an jeden anderen Staat der Welt (Beispiel: „Gerade Israel als jüdischer Staat sollte eine besondere religiöse Toleranz zeigen.“).

GES in: zeitchen 3/2018

Die Mittel des Boykotts und der Sanktionen sind unverhältnismäßig, diskriminierend und zeugen von Geschichtsvergessenheit. Die Frage der Verhältnismäßigkeit stellt sich, wenn Israel einseitig verurteilt wird, ohne Menschenrechtsverletzungen, Kriegsverbrechen und Terroranschläge bei anderen Staaten und Gruppen zu verurteilen.

Eine bleibende Aufgabe

Die Bildungs-, Öffentlichkeits- und Freiwilligenarbeit von ASF richtet sich gegen Judenhass, Rassismus und andere Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit. Wie notwendig diese Arbeit ist, erleben wir immer wieder.

Während der militärischen Auseinandersetzungen zwischen Israel und der Hamas im Sommer 2014 häuften sich in Europa judenfeindliche Ausbrüche, die die Grenze zur Kritik an der israelischen Politik eindeutig überschritten und

sich nicht gegen Israel, sondern Jüdinnen und Juden richteten und alte judenfeindliche Bilder bemühten.

Mit der AfD ist eine rechtspopulistische Partei in den Bundestag eingezogen, deren Mitglieder an vielen Stellen rassistisch hetzen, vor allem gegen Flüchtlinge und Muslim/innen. Der Weg zur Ausgrenzung anderer Minderheiten ist damit geebnet und wird oft beschritten.

Vielfalt und Demokratie werden bedroht, nicht nur durch Rechtspopulist/innen, sondern auch dadurch, dass rechtspopulistische Themen zunehmend die Debatten in der Mitte der Gesellschaft prägen.

*Die Autorin ist Geschäftsführerin bei Aktion Sühnezeichen Friedensdienste e. V.
aus: Junge Kirche 4/2017*

70 Jahre Staat Israel – ein Grund zum Feiern und zum Nachdenken



Dass es nach den schrecklichen Verbrechen der Schoah seit 1948 einen jüdischen Staat auf dem Boden der Geschichten der Bibel gibt, ist ein Zeichen der Hoffnung für das im Laufe seiner Geschichte immer wieder verfolgte jüdische Volk Gottes und für alle, die an echter Solidarität mit jüdischen Menschen interessiert sind.

Der Staat Israel wird für Jüdinnen und Juden weltweit als ein vitales und belebendes Zentrum jüdischer Kultur und Spiritualität wahrgenommen und erlebt.

Gleichzeitig macht dieses Jubiläum bewusst, dass der Staat Israel seit nunmehr 70 Jahren inmitten einer ihm größtenteils feindlich gesonnenen Umwelt lebt und so immer noch bedroht ist. Daran haben viele, auch von kirchlicher Seite unterstützte und von Gebeten und Gottesdiensten begleitete Friedensinitiativen nichts ändern können. Zudem dauert die Besetzung palästinensischer Gebiete durch den Staat Israel seit dem sogenannten Sechstagekrieg 1967 mit Gewaltaktionen auf beiden Seiten an. Die jüngsten, teils blutigen Zwischenfälle an der Grenze zwischen Israel und dem Gaza-Streifen haben dies wieder gezeigt. Beides, Besatzung und Bedrohung, gehören zur gegenwärtigen Situation Israels.

Die Evangelische Kirche in Hessen und Nassau und der in ihrem Kirchengebiet engagierte Evangelische Arbeitskreis für das christlich-jüdische Gespräch, ImDialog, versuchen daher mit der Unterstützung verschiedener Projekte in Israel Prozesse der Annäherung, des Dialogs, der Verständigung und des gegenseitigen Kennenlernens zwischen Muslimen und Juden, Palästinensern und Israelis zu fördern. Diese Projekte sind kleine, aber wichtige Zeichen der Hoffnung in einem Staat, dessen Fortbestand für Juden und Christen wichtig ist und bleibt.

Gerade die jüngsten Fälle antisemitischer Gewalt und die Verunglimpfung von jüdischen Menschen bis hin zur Schmähung von jüdischen KZ-Insassen durch mit einem Preis ausgezeichnete Rapper in Deutschland bedrückt und wirkt alarmierend. Beides zeigt: Die von der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau und ihrem Arbeitskreis ImDialog vertretenen Bildungs-, Dialog- und Ausstellungsangebote zu wichtigen christlich-jüdischen Themen sind nach wie vor wesentlich, um mitten in unserer Gesellschaft den Austausch und das Miteinander von christlichen, jüdischen, muslimischen und konfessionslosen Menschen aller Generationen zu fördern. Denn: Nur wer miteinander redet und voneinander lernt, verlernt, sich gegenseitig zu verachten oder zu hassen.

**Für ImDialog, den Evangelischen Arbeitskreis für das christlich-jüdische Gespräch
in Hessen und Nassau, im Mai 2018
Pfarrerin Andrea Thiemann, Vorsitzende**